

Antrag

der Fraktion der SPD

Tschernobyl mahnt – Für eine zukunftssichere Energieversorgung ohne Atomkraft und eine lebendige europäische Erinnerungskultur

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor 25 Jahren, am 26. April 1986, ereignete sich in Tschernobyl die bisher schwerste Reaktorkatastrophe aller Zeiten. Die Folgen des Super-GAU waren und sind noch immer verheerend:

Durch die Explosion kam es zur massiven Freisetzung von Radioaktivität. In ganz Europa wurden mehr als 200 000 Quadratkilometer Fläche kontaminiert. Belarus, die Ukraine und Russland waren am stärksten betroffen. Hier wurde eine Fläche von 150 000 Quadratkilometer radioaktiv belastet. Zum Zeitpunkt der Katastrophe lebten dort 7,2 Millionen Menschen. 70 Prozent des Fallouts gingen alleine in Belarus nieder. Mehrere Hunderttausend Menschen verloren ihre Heimat.

Die Zahl der Toten ist immer noch nicht endgültig ermittelt; Schätzungen reichen bis zu 100 000. Die Zahl der Opfer bleibt umstritten, da es sich bei Gesundheitsbeeinträchtigungen durch radioaktive Strahlung um Langzeitschädigungen handelt, die erst nach und nach auftreten. Ein kausaler Zusammenhang zum Reaktorunglück ist daher in vielen Einzelfällen nicht eindeutig nachweisbar und damit offen für interessengeleitete Auslegungen. Umweltorganisationen, unabhängige Tschernobyl-Experten und Tschernobyl-Hilfsorganisationen gehen bei ihren Schätzungen von weit höheren Opferzahlen als die Vereinten Nationen aus.

Heute leben in den radioaktiv belasteten Gebieten immer noch mehrere Millionen Menschen. Hunderttausende, vor allem Kinder leiden weiterhin an den gesundheitlichen Folgen und werden noch viele Jahre und Jahrzehnte daran zu tragen haben. Über 600 000 Menschen waren unmittelbar am Reaktor und in den umliegenden hochverstrahlten Gebieten im Einsatz, um den Reaktorbrand zu bekämpfen, sie werden als Liquidatoren bezeichnet. Die meisten kannten die Höhe ihrer Strahlendosis nicht. Viele dieser heute vergessenen Retter Europas sind verstorben, die überwiegende Mehrzahl leidet an strahlenbedingten Krankheiten. Tschernobyl hatte nicht nur gravierende umwelt- und gesundheitsschädliche Folgen, sondern hat auch im sozialen und psychologischen Bereich Spuren hinterlassen. Allein die wirtschaftlichen Folgekosten von Tschernobyl werden auf mehrere 100 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Die schlimmen Folgen des Super-GAU von Tschernobyl schienen in der internationalen und nationalen Politik in Vergessenheit geraten zu sein. Niemand konnte wirklich ahnen, dass der Jahrestag der Reaktorkatastrophe auf so tragische Art durch die Ereignisse in Japan an Aktualität gewinnen würde. Die

Katastrophe in der japanischen Atomanlage Fukushima I hat erneut bewiesen, dass Atomenergie nicht beherrschbar ist. Jetzt geht es darum, Konsequenzen zu ziehen. Allerdings gibt es bereits viele nicht unberechtigte Stimmen, die befürchten, dass auch die Ereignisse von Japan zu einer Episode werden und schon bald ein Verdrängungsprozess einsetzen wird. Es besteht der Verdacht, dass Wahlkampfaktik der eigentliche Motor für die kurzfristigen Handlungen der Bundesregierung war und bald wieder wirtschaftliche Belange vor Sicherheitsinteressen rücken. Es darf aber keinen erneuten Prozess des Vergessens geben, nicht für Japan und nicht für Tschernobyl. Die Erinnerung an die Opfer der Katastrophe muss aufrechterhalten werden. Hunderte von bürgerschaftlichen Initiativen in Deutschland versuchen, zum Teil seit 25 Jahren, die Leiden der Opfer von Tschernobyl durch Spenden und Hilfsaktionen zu mildern. Ihre Arbeit ist beispielhaft für ein bürgerschaftliches humanitäres Engagement, ohne das die Opfer der Katastrophe weitgehend alleingelassen wären. Diese Arbeit verdient höchste Anerkennung und Unterstützung.

Erinnerung ist wichtig. Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss zeigen, dass sie lernfähig ist. Es ist vermessen, zu glauben die Natur oder die Atomenergie seien in Deutschland grundsätzlich besser beherrschbar. Die Formel muss lauten: Das „Restrisiko“ einer nuklearen Katastrophe kann, auch mit den höchsten Sicherheitsvorkehrungen, nicht ausgeschlossen werden. Dazu gehört es anzuerkennen, dass auch deutsche Atomkraftwerke nicht störungsfrei laufen und dass Reaktoren altern. Sie wurden für eine Laufzeit von 25 und nicht von 40 oder 60 Jahren konzipiert. Bei der Nutzung der Atomenergie kann es deshalb keine Sicherheit geben. Wir müssen daher so schnell wie möglich und konsequent den Weg in eine sichere und effiziente Energieversorgung ohne Atomkraft auf der Grundlage erneuerbarer Energien nutzen. Es muss alles daran gesetzt werden, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.

- Für eine sichere und zukunftsfähige Energieversorgung ohne Atomkraft

Tschernobyl hätte einen Epochenwechsel einläuten müssen. Bei vielen Menschen hat der Super-GAU tatsächlich ein Umdenken ausgelöst. Die Bewegung gegen die Atomkraft hat dazu geführt, dass sich auch Parteien davon abgewandt haben und im Jahr 2000 mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung der rot-grüne Atomkonsens umgesetzt wurde. Dieser Konsens war ein Kompromiss, der auch von Seiten der Unternehmen, die in Deutschland Atomkraftwerke betreiben, mitgetragen wurde und bis 2020/2021 umgesetzt werden sollte. Gleichzeitig wurde mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz eine Grundlage geschaffen, die einen beispiellosen Ausbau der erneuerbaren Energien möglich machte.

2010 kam es dann zu einer Kehrtwende in der Energiepolitik, in deren Mittelpunkt die Laufzeitverlängerung aller deutschen Atomkraftwerke stand. Zu diesem Zeitpunkt schienen die Lehren aus Tschernobyl vergessen. Eine Debatte über die Risiken von Atomenergie bzw. die Sicherheit der Atomkraftwerke fand bei den Befürwortern der Laufzeitverlängerung nicht mehr statt. Im Gegenteil, es wurde versucht, eine solche Debatte, bei der das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen, weitgehend zu ignorieren. Die Ängste der Menschen wurden schlichtweg nicht ernst genommen. Dabei muss gerade bei einem solch sensiblen Thema wie der Atomenergie offen über Sicherheitsfragen gesprochen werden – es muss absolute Transparenz herrschen.

Leider hat erst ein so tragisches Ereignis wie die nukleare Katastrophe in der japanischen Atomanlage Fukushima I das Thema Sicherheit von Atomkraftwerken wieder in den Mittelpunkt gerückt. Ein Vergessen und Verdrängen wie nach Tschernobyl darf nicht ein zweites Mal zu einer Bedrohung für die Menschen führen. Die Risiken der Atomenergie sind seit dem nicht geringer geworden. Im Gegenteil, in den meisten Ländern, die Atomenergie nutzen, ist der

Atomkraftwerkspark seitdem stark gealtert und damit deutlich störanfälliger geworden. Es ist unsere Verpflichtung, daraus Konsequenzen zu ziehen, die ein späteres Zurück zur Atomenergie nicht mehr erlauben.

Die Hochrisikotechnologie der Atomkraft ist daher auch global in Zukunft keine Lösung der Energieversorgungsfrage. Wir müssen schon heute auf saubere und risikoärmere Alternativen setzen. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich zu beenden. Von Deutschland kann der entscheidende Impuls ausgehen, der zeigt, dass eine Industriegesellschaft ohne Atomkraft erfolgreich sein kann. Der beeindruckende Erfolg der Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung zum Ausbau erneuerbarer Energien zeigt, dass dies möglich ist und konsequent weiter verfolgt werden muss. Die Rücknahme bzw. Reduzierung förderlicher Maßnahmen in den letzten eineinhalb Jahren durch die schwarz-gelbe Bundesregierung war ein energiepolitischer Fehler, der korrigiert werden muss.

- Für eine lebendige europäische Erinnerungskultur

Als Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl 1986 entstand eine außergewöhnliche europäische Solidaritätsbewegung. Unzählige Menschen engagieren sich bis heute ehrenamtlich und haben zahlreiche Vereine, Verbände und Initiativen gegründet. Mitte der 90er-Jahre gab es in Deutschland etwa 1 000 private Initiativen, die überwiegend aus der Anti-AKW-Bewegung oder der kirchlichen Versöhnungsarbeit stammten. Und auch heute, 25 Jahre nach dem Reaktorunfall, sind immer noch mehrere hundert Initiativen aktiv. Die Arbeit dieser Menschen verdient höchste gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung.

25 Jahre nach dem Störfall sehen sich die Tschernobyl-Initiativen mit Problemen konfrontiert. Mangelnder Nachwuchs und ein allgemein geringeres Spendenaufkommen sind nur zwei davon. Noch schwerwiegender sind die Schwierigkeiten für ihre Arbeit in Belarus durch die dortige Regierung. Das Regime von Alexander Lukaschenko behindert die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch bürokratische Hindernisse, besonders bei der Vergabe von Visa.

Vor diesem Hintergrund erwächst die Aufgabe für Deutschland und die Europäische Union zu handeln und gemeinsam mit den humanitären Organisationen einen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Erinnerungskultur an die Katastrophe von Tschernobyl zu leisten. Hier müssen Deutschland und Europa Verantwortung und Solidarität zeigen und zwar langfristig, denn auch die zukünftigen Generationen der Menschen, die in den immer noch verseuchten Gebieten leben, werden betroffen sein. Dazu bedarf es der Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Vereine und Verbände zum Aufbau einer Geschichtswerkstatt vor Ort durch Politik und Gesellschaft, eines intensiven europäischen Jugendaustausches mit der Ukraine und Belarus, um die zukünftigen Generationen mit einzubinden, und nicht zuletzt sollte Deutschland das Interesse an der Einführung von erneuerbaren Energien in Belarus und der Ukraine unterstützen.

Unabhängig von unterschiedlichen Interpretationen über das Ausmaß der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl spricht der Deutsche Bundestag allen Opfern, die auch 25 Jahre nach der Katastrophe noch immer unter den Folgen leiden, sein tiefes Mitgefühl aus und dankt allen ehrenamtlichen Organisationen, die sich weiterhin in Tschernobyl engagieren.

Der Bundestag stellt fest, dass die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und die aktuellen Unglücksfälle in Japan beweisen, dass Atomenergie nicht sicher ist, und deshalb so schnell wie möglich und konsequent das Ziel einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft auf der Grundlage erneuerbarer Energien umgesetzt werden muss.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- das Förderprogramm Belarus „Grenzen überwinden“ über die laufende Phase (Ende 2011) weiterzuführen. Das Netzwerk der Tschernobyl-Initiativen hat sich zu einer verlässlichen Basis für die Stärkung der Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern entwickelt. Gerade Belarus braucht vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse des letzten Jahres eine starke Zivilgesellschaft. Wichtig für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine ist die Stärkung und Förderung der zivilgesellschaftlichen Arbeit vieler ukrainischer Organisationen und Verbände;
- die Einrichtung einer „Geschichtswerkstatt Tschernobyl“ in Kiew zu unterstützen. Es braucht heute mehr denn je ein Lernen aus der Geschichte, damit die Lehren der Katastrophe nicht in Vergessenheit geraten. Die Geschichtswerkstatt soll ein Treffpunkt für Zeitzeugen in Belarus sein und ihre Biographien dokumentieren, den Ausgangspunkt für ein Lernen an historischen Orten bilden und Forschungsprojekte zu Tschernobyl anregen;
- die Idee eines Jugendaustausches nach dem Vorbild europäischer Jugendwerke zu prüfen und zu unterstützen. Dieses Austauschprogramm soll besonders den Kindern und Jugendlichen zugutekommen, die heute noch in den radioaktiv belasteten Regionen leben. Viele der Initiativen, die seit Jahren diese Austauschprogramme tragen, bekämen damit eine finanzielle Unterstützung, um das ehrenamtliche Engagement fortsetzen zu können. Ein solches Programm hätte über die Hilfe für die betroffenen Jugendlichen hinaus eine große gesellschaftspolitische Wirkung: Der Jugend würde vermittelt, dass sie in Europa willkommen ist;
- auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Druck auf die belarussische Regierung auszuüben, damit die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe einsetzen, erleichtert wird. Dies beinhaltet unter anderem die Forderung nach einer transparenten und unbürokratischeren Visa-Vergabe für die Helferinnen und Helfer aus dem Ausland, aber auch für die Menschen vor Ort;
- im Dialog mit der ukrainischen Regierung darauf hinzuwirken, dass die Gefahren, die noch immer von der Reaktor-Ruine ausgehen, möglichst rasch beseitigt werden. Dies schließt auch die sichere Endlagerung des radioaktiven Materials aus dem Unglücksreaktor ein. Dabei sind insbesondere die Finanzmittel für bauliche Maßnahmen zum Schutz vor radioaktiver Kontamination auch über die bereits gewährleistete Finanzierung für die Erneuerung des Sarkophags hinaus und für die Zukunft sicherzustellen. Der Schutz der eingesetzten Arbeitskräfte vor radioaktiver Strahlung muss dabei zu jeder Zeit gewährleistet werden;
- die Erinnerung an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl als nationale und europäische Aufgabe zu verstehen;
- das Projekt einer Zukunftswerkstatt für Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Minsk zu unterstützen. Diese Zukunftswerkstatt soll ein Schulungs- und Beratungszentrum und gleichzeitig ein Demonstrationsobjekt für energieeffizientes Bauen sein;
- die bestehenden Kooperationen zwischen Deutschland und der Ukraine im Bereich der erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz, insbesondere die Programme der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und KfW Bankengruppe fortzuführen, weiter zu vernetzen und auszubauen. Zudem gilt es noch stärker für einen sorgsamem und effizienten Umgang mit Energie zu sensibilisieren;

- Gesetzesinitiativen zu unterstützen, nach denen die sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke sowie der Reaktor Krümmel unverzüglich dauerhaft stillzulegen sind, bei gleichzeitigem Verfall der Reststrommengen;
- Maßnahmen zu ergreifen, die einen endgültigen Atomausstieg in Deutschland noch in diesem Jahrzehnt ermöglichen, wobei darauf zu achten ist, dass eine frühere endgültige Stilllegung von Atomkraftwerken in der Weise vonstatten geht, dass keinerlei Regressforderungen gegen die öffentliche Hand möglich sind;
- unverzüglich das kerntechnische Regelwerk von 2009 in Kraft zu setzen;
- sich für einen weltweiten Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie zu engagieren;
- sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass die noch laufenden Atomkraftwerke überall auf der Welt den höchsten Sicherheitsstandards genügen. Hierfür müssen diese höchsten Sicherheitsstandards verbindlich definiert werden;
- von denjenigen Staaten, welche Atomenergie nutzen, eine unabhängige und rechtsstaatliche Aufsicht der Anlagen einzufordern. Dabei müssen strenge Rechts- und Sicherheitsstandards gelten;
- alle Zusagen für Hermesbürgschaften für den Export von Nukleartechnologien zurückzunehmen und ab sofort die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 wieder in Kraft zu setzen;
- Maßnahmen zu ergreifen, die den Export von Technologien zum Bau neuer Atomkraftwerke untersagen;
- alle Initiativen zu ergreifen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren, die Energieeffizienz zu stärken, Energiesparpotenziale auszuschöpfen und Energietechnologien schneller auf den Markt zu bringen;
- Kooperationen mit anderen Staaten einzugehen, um dort den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz voranzutreiben.

Berlin, den 5. April 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

